Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 6. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 51 — 95. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 29. Februar 1936

Kampf um den Donauraum.

Politische Interessen gegen wirtschaftliche — Die neue Prager Konferenz der Kleinen Entente — Deutschland, der natürliche, geographisch bedingte Markt.

Seit dem Krieg ist der Kampf um den wirtschaftlichen Raum der Donauländer nicht zum Stillstand gekommen. Eine Reihe Pläne, denen zufolge bald Frankreich, bald Italien, bald die Tschechoslowakei bestimmenden Einfluß dort nehmen sollten, sind entstanden. Denkschriften wurden abgefaßt, Konferenzen abgehalten, bei denen immer wieder die Frage der Orientierung des Donauraums besprochen, aber niemals zu einer Lösung gebracht worden ist. In den letzten Monaten zeigte sich in der gesamten internationalen Presse besondere Rührigkeit auf diesem Gebiet. Am 24. Februar begann wieder in Prag eine Tagung des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente, auf der der Plan des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodscha über die Leitung der Interessen der Donauländer eingehend gewürdigt wurde. Auch hier zeigte sich wieder, daß man mit Hilfe politischer Versprechungen und politischer Einflüsse wirtschaftliche Fragen in bestimmte Richtungen bringen will. Das Streben geht dahin, die Donauländer in weitestem Sinne, d. h. die sieben Staaten Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Österreich, Griechenland, Bulgarien, zu einem Wirtschaftsblock zusammenzuschließen, der seine Waren untereinander zu besonders günstigen Bedingungen austauscht. Auf der anderen Seite möchte vor allen Dingen Frankreich diesen Wirtschaftsblock ganz und gar unter seinen Einfluß bringen. Und auch England möchte seine Wirtschaftsinteressen dort aufs beste vertreten wissen. All diesen Plänen begegnet die Tatsache außerordentlich störend, daß es gerade im letzten Jahr zu immer intensiveren Wirtschaftsbeziehungen der Donauländer mit Deutschland gekommen ist. Für die meisten von ihnen ist Deutschland der beste Kunde. Diese Entwicklung ist an sich nicht besonders verwunderlich, beruht sie doch auf der einfachen Tatsache, daß die beiden Parteien, Deutschland auf der einen, die Donauländer auf der anderen Seite, sich in wirtschaftlicher Hinsicht ausgezeichnet ergänzen. Die Landwirtschaftserzeugnisse der Donauländer kommen Deutschland zugute, ganz besonders heute, wo es sich in seinem Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse und verschiedener Rohstoffe unter dem Druck der Verhältnisse mehr und mehr von Übersee abgekehrt und dem europäischen Südosten zugewandt hat. Die industriellen Erzeugnisse Deutschlands dagegen sind für die Südostländer unentbehrlich, zumal, da diese mehr und mehr bemüht sind, ihre Landwirtschaft intensiv bearbeiten zu lassen. Dazu aber benötigen sie die deutschen Qualitätserzeugnisse auf dem Gebiet der Landmaschinenindustrie.

Diese Annäherung ist vor allem Frankreich und seinen Vasallenstaaten ein Dorn im Auge. Dabei ist es selbst keineswegs dazu bereit, seine Einfuhren aus den Donauländern zu vergrößern, um diesen wirtschaftlichen Rückhalt zu geben. Tatsächlich hätte es bei dem Reichtum seiner eigenen Agrarerzeugung auch wenig Verwendung für die Erzeugnisse des Südostens. Etwas anders liegen die Verhältnisse mit England. Zwar könnte England dieses oder jenes landwirtschaftliche Erzeugnis aus Südosteuropa beziehen, aber es muß von diesen Bezügen absehen, da es durch den Vertrag von Ottawa an das Empire gebunden ist und in erster Linie dessen landwirtschaftliche Erzeugnisse kaufen muß, damit dieses umgekehrt die englischen Fertigwaren dagegen tauscht.

Trotz der unverkennbaren Mißstimmung Westeuropas haben Ungarn und Jugoslawien in den letzten Monaten wiederholt kurz und bündig in Presse und Rede erklärt, daß sie auf den Warenaustausch mit Deutschland nicht zu verzichten geneigt wären, da sie in Deutschland den erforderlichen Partner für ihre Handelspolitik sähen. Eine jugoslawische Zeitung schrieb erst in diesen Tagen: „Die Wichtigkeit des deutschen Marktes müsse im eigenen Lebensinteresse Jugoslawiens erkannt werden." Es heißt weiter: „Es sei das wohlverstandene Interesse Jugoslawiens, die Einfuhr deutscher Waren möglichst zu fördern." Der ungarische Wirtschaftsminister erklärte kürzlich, daß „Deutschland der natürliche, geographisch bedingte Markt Ungarns" sei. In Griechenland sind in den letzten Wochen Verordnungen erlassen worden, denen zufolge die griechische Ausfuhr nach Deutschland eingeschränkt werden soll, da sich gewisse Schwierigkeiten im Verrechnungsverkehr gezeigt haben. Darüber herrscht vor allem in den Kreisen, die bisher reichlich Tabak, Rosinen, Öl und Trauben nach Deutschland geliefert haben, verständliche Erregung. Sie lehnen die kurzsichtige griechische Wirtschaftspolitik ab und weisen mit aller Schärfe darauf hin, daß Deutschland bereits beginne, seinen Tabak statt aus Griechenland aus Jugoslawien, seine Rosinen statt aus Griechenland aus der Türkei zu beziehen. Gewiß fehlt es auch in Griechenland nicht an staatlichen Stellen, die die Gefährlichkeit einer Erschwerung des deutsch-griechischen Warenverkehrs klar erkennen. Nur so erklärt es sich, daß gerade in den letzten Monaten eine Reihe Staatsaufträge nach Deutschland gelegt worden sind, die allerdings den starken Mißfall in England erregt haben. Das einfachste wäre es, wenn Griechenland, ähnlich wie es um die Jahreswende Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien getan haben, ein besonderes Kompensationsabkommen abschlössen, so daß die Verstimmungen, die sich aus verspäteten Zahlungseingängen, die sich beim Clearingverkehr oft genug nicht vermeiden lassen, ausgeschaltet werden.

Ein einfaches wirtschaftliches Gesetz verurteilt neben den praktischen Erfahrungen den Plan eines geschlossenen, „selbstgenügsamen" Donauraumes zur Aussichtslosigkeit. Ergänzen können sich immer nur die Länder, die verschiedene Waren, gegensätzliche Waren miteinander austauschen können. Das hat der Fall des sogenannten Goldblocks gezeigt, in dem die großen industriellen Länder zusammengefaßt sind und bei dem es bisher nie zu einer fruchtbaren handelspolitischen Zusammenarbeit gekommen ist trotz der währungspolitischen Gleichheit. Dasselbe muß auch für den Donaublock gelten, denn was für den Goldblock die Industrie ist, ist für den Donaublock die Landwirtschaft. Diese Länder sind nicht in der Lage, sich gegenseitig große Ein- und Ausfuhrchancen einzuräumen. Ausfuhrchancen aber gibt ihnen wohl Deutschland.

Japans Militär beherrscht die Lage.

Zuverlässige Nachrichten aus Tokio, die in Washington eingingen und die Ereignisse bis zum Ende des Freitag zusammenfassen, schildern die Lage als völlig in den Händen der Armee, und zwar der aufrührerischen und der sog. loyalen. Danach besteht offenbar kein Unterschied in der politischen Einstellung dieser beiden Gruppen. Beide wollen einen unmittelbaren Einfluß auf die Politik und daher auf den Kaiser; beide wollen also die Mitglieder des mit großen Machtbefugnissen ausgestatteten Ältestenrates, des „Genro", ausgeschaltet wissen. Daraus erklärt sich, daß die Aufständischen die älteren Staatsmänner töteten und andererseits die loyalen nicht auf die Aufständischen schießen, obwohl diese auch heute noch die öffentlichen Gebäude besetzt halten und noch die Flagge der Aufrührer über dem Amtssitz des Ministerpräsidenten weht.

Die Zensur von Kabel und drahtloser Telephonie, die vorübergehend gemildert war wurde wieder verschärft. Die Flotte liegt in Yokosuka, am Eingang der Bucht von Tokio, und ein Kleiner Kreuzer sowie acht Zerstörer ankern vor Shibaura im Innern der Tokio-Bucht, einem Vorort der Hauptstadt. Es sind jedoch nur wenige Mann der Marine-Infanterie gelandet worden, und diese beschränken sich darauf, den Marineminister und seine Amtsgebäude zu schützen.

Die in Washington eingetroffenen Tokioter Zeitungen geben im wesentlichen die wahre Lage wieder, indem sie feststellen, daß Fürst Saionji ohne jeden Einfluß sei und daß

die Armee kein Kabinett anerkennen werde, das nicht wirklich „nationalen Charakter" trage.

Die aktivistischen Generale Araki, Mazaki und Kawaschima verhandelten erneut mit dem Militärkommandanten von Tokio, General Kaschii, und außerdem mit der Flottenführung. Bei den Verhandlungen, die anscheinend zu keiner Entspannung der Lage geführt haben, wurden innenpolitische Fragen erörtert. Daß die Aufständischen auch außenpolitische Forderungen, wie nach einem entschiedeneren Auftreten an der mandschurischen Grenze oder in Nordchina, gestellt hätten, wird entschieden verneint.

Die direkte Verbindung mit Tokio ist anscheinend infolge einer Sperre für Pressenachrichten wieder unterbrochen. Die letzten noch eingetroffenen Meldungen deuten darauf hin, daß die Weigerung der Aufständischen, die besetzten Teile der Stadt freizugeben und in die Kasernen zurückzukehren, zu ernsten Weiterungen und zu einer Verschärfung der politischen Lage geführt hat; man befürchtet den Ausbruch von neuen Kämpfen.

In einem Bericht über die Lage in Tokio Freitagnacht wird die japanische Hauptstadt mit einem Pulverfaß verglichen, von dem die Behörden den zündenden Funken noch fernhalten. Seit den Mittagsstunden, in denen das Ultimatum an die Aufständischen abgelaufen ist, ist das Geschäftsviertel vollständig verödet: viele Geschäfte haben geschlossen.

Während des ganzen Tages wurden ununterbrochen Verhandlungen zwischen dem Heer, der Marine und den Zivilbehörden geführt. Der Ernst der Lage wird durch das Eintreffen des schwerkranken Feldmarschalls Prinz Kanin beleuchtet. Der Kaiser empfing den Kriegsminister und den Stadtkommandanten zur Berichterstattung. Die Lösung der Kabinettsfrage wurde bis zur Klärung der Lage zurückgestellt.

Die Drohung der Behörden, nach dem Ablauf des Ultimatums gewaltsam gegen die Aufständischen vorzugehen, wurde bisher nicht ausgeführt. Um 23 Uhr hielten die Aufständischen das Regierungsviertel noch besetzt. Der Widerruf des Versprechens, das Regierungsviertel zu räumen und das offensichtliche vorsichtige Vorgehen der Behörden wird als ein Anzeichen für die Sympathien gedeutet, die die Aufständischen in **weiten** Kreisen des Militärs genießen.

Militärdiktatur Araki in Japan?

Nach unbestätigten Meldungen aus Tokio soll der frühere japanische Kriegsminister Araki eine Militärdiktatur errichtet haben. (Wagenborg-Archiv — M.)

Die Italiener erobern den Amba Aladschi

Das italienische Propagandaministerium gab am Freitagnachmittag eine amtliche Mitteilung heraus, in der die Eroberung des Amba Aladschi gemeldet wurde.

Der von Marschall Badoglio gedrahtete Heeresbericht lautet: „Die Truppen des Ersten Armeekorps haben Amba Aladschi erobert. Seit Freitag, vormittags 11 Uhr, weht auf der Höhe dieses Berges, der den Heldentod Toselli's und der Seinigen sah, die italienische Flagge."

Italienische Ostafrika-Armee: 650000 Mann.

Der italienische Parlamentsbericht über den Etat des Kriegsministeriums für das Jahr 1936/37 gibt ein treffendes Bild von der großen Arbeit, die dem Ministerium durch die Ostafrikaexpedition entstanden ist. Danach sind sieben Infanteriedivisionen auf den Kriegsschauplatz entsandt worden, nämlich die Divisionen „Gavinana", „Peloritana", „Gran Sasso", „Sila", „Sabaudia", „Cosseria" und „Assieta", ferner die Alpenjägerdivision „Pusteria" und die sechs Schwarzhemdendivisionen „23. März", „28. Oktober", „2 Februar", „3. Januar", „21. April" und „Tibre". Zu diesen 14 Divisionen kommen noch 27 andere Bataillone, die von der italienischen Heimatarmee aufgestellt worden sind. Insgesamt sind also rund 300 000 italienische Soldaten nach Ostafrika gegangen. Weitere 350 000 Mann kommen auf die eingeborenen Kolonialtruppen, ihre italienischen Offiziere und die italienischen Arbeiter.

Die Intendantur des Kriegsministeriums hat

mehrere Millionen Lebensmittelrationen jeder Art fertiggeschickt, und fast 16 Millionen Meter Khakistoff und über 13 Millionen Meter gewöhnlichstes Tuch sind nach Ostafrika versandt worden.

Der ostafrikanische Nachrichtendienst benötigte bisher 1892 Kilometer Telegraphenlinien, 5501 Telephonapparate, 1801 Funkapparate, 362 927 dazugehörige Werkzeuge und 799 Laboratorien. Dazu kommen noch über 11 000 Lastautos und ungefähr eine Million verschiedene Waren. Für diesen großen Menschen-

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF